

An

Herrn Amir Ritow, Vorsitzender des Rates der Gemeinde Lev Hasharon
Frau Khouloud Franses Khaleel Daibes, Botschafterin Palästinensische Mission
Herrn Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin
Herrn Horst Seehofer, Innenminister
Herrn Heiko Maas, Außenminister

RESOLUTION

Die Gemeinde Lev Hasharon ist seit 1979 Partnerstadt von Witten, der größten Stadt des Ennepe-Ruhr-Kreises. Im Zuge der von palästinensischer Seite ausgegangenen Bombenangriffe auf das Staatsgebiet Israels, kam es auch in Lev Hasharon zu Raketenbeschuss. Die Bürgerinnen und Bürger Israels und Lev Hasharons leben seitdem unter ständiger Angst vor weiteren Bombenangriffen und müssen um ihre körperliche Unversehrtheit und die ihrer Familienangehörigen fürchten.

Der Kreistag Ennepe-Ruhr äußert auf diesem Wege seine Solidarität mit den in der Region lebendem Menschen und fordert vor diesem Hintergrund die sofortige Beendigung sämtlicher Bombenangriffe und daraus (noch) resultierender Vergeltungsmaßnahmen beider Konfliktparteien. Eine Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern kann nach Überzeugung des Rates des Kreistages Ennepe-Ruhr nur auf diplomatischem und damit auf friedlichem Wege gelingen. Gewalt erzeugt stets Gegengewalt und kann schon deshalb nach Überzeugung des Kreistages, kein adäquates Mittel zur Konfliktlösung sein.

Der Kreistag Ennepe-Ruhr ruft beide Konfliktparteien deshalb dazu auf, allen Opfern von Krieg und Elend in der Region unverzüglich umfassende humanitäre Hilfen zugänglich zu machen und auf politischem Wege eine Lösung des Konflikts zu suchen.

Darüber hinaus verurteilt der Kreistag Ennepe-Ruhr Antisemitismus in jeglicher Form auf das Schärfste und bekennt sich ohne Einschränkungen zum Existenzrecht des Staates Israel.

Die in diesem Kontext bedauerlicherweise auch in deutschen Städten stattgefundenen antisemitischen Demonstrationen arabisch-islamistischer Gruppen, sind für den Kreistag Ennepe-Ruhr nicht akzeptabel. Er fordert daher Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer dazu auf, gegen jegliche Form des Antisemitismus entschieden vorzugehen und – sofern erforderlich – auch die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, damit antisemitisches Verhalten auf deutschem Boden zukünftig effektiver und entschlossener unterbunden werden kann.

Für den Kreistag Ennepe-Ruhr steht vor dem Hintergrund des geschichtlichen Erbes der Bundesrepublik fest, dass Antisemitismus in Deutschland nie wieder einen Platz haben darf, vollkommen unabhängig davon, von wem dieser ausgeht.

Schwelm, den 28.06.2021

.....
Olaf Schade
Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....